

NATO und Bundeswehr – Garanten unserer Sicherheit

Prof. Dr. Ekkehard Wagner

„A-Zwo zur Lage!“ So hieß es bei den Lagebesprechungen in Zeiten des so genannten Kalten Krieges während der alle 2 Jahre stattfindenden Stabsrahmen-Übungen mit dem Namen „WINTEX“. Vorher war nur der „Wetterfrosch“ gefragt, mit dem die längere Reihe der Lagebeiträge startete.

Es ist sinnvoll und hilfreich, zuvörderst die Bedrohungslage (militärisch natürlich „Feindlage“) und die „Eigene Lage“ zu analysieren, um daraus richtige Schlussfolgerungen für das notwendige Handeln zu ziehen.

Passend zur Überschrift muss zuallererst gefragt werden, wie es um unsere Sicherheit aktuell steht, und welche Maßnahmen erforderlich sind, um unsere Sicherheit zu gewährleisten. Mit anderen Worten: Den Frieden zu erhalten und zu sichern, also kriegsrische Akte zu verhindern.

Allen pazifistisch-ideologischen Luftschlossern muss mit realistischen Gegenargumenten widerstanden werden. Es gilt die Weisheit des griechischen Philosophen: Thukydides (etwa 490 bis 429 v. Chr.) sagte

*"Recht" besteht nur zwischen Gleichstarken,
sonst machen die Starken, was sie wollen,
und die Schwachen erleiden, was sie müssen"*

Zur Welt-Lage

Seit dem zunächst Frieden-fördernden Ende des Ost-West-Konfliktes nach dem Mauerfall 1989 blieben die USA als einzige Supermacht übrig. Die Sowjetunion mit ihrem riesigen Territorium (davon später mehr) schaffte sich ab, und das in einem wohl einmaligen Vorgang durch Gesetz der Duma in den letzten Dezembertagen 1991. Mächte mit den meisten Einwohnern wie die Volksrepublik China und Indien – beide schon damals mehr als eine Milliarde – verharrten noch auf dem Stand von Entwicklungsländern. Es gab allerdings damals schon Prophetien, die das Ende der US-amerikanischen Suprematie kommen sahen². Nun ist es offensichtlich so weit.

Die nach wie vor totalitäre VRCh ist wirtschaftlich ein „Riese“ geworden, schließt langsam, aber zielstrebig militärisch auf die USA auf und wird immer aggressiver in Bezug auf die Ausweitung ihrer Interessensphären.

Infolge der Auflösung der Sowjetunion entstanden 15 souveräne Nachfolgestaaten und natürlich gingen sowjetische Einflussphären in Ost- und Südosteuropa verloren. Die Oligarchenherrschaft der Russländischen Föderation strebt immer offensiver nach Restaurierung dieses bis Ende 1991 bestehenden Vielvölkerstaates und hat mit den beiden militärischen Aggressionen gegen ihr Nachbarland Ukraine die nach der so genannten Wende 1990 und danach errungene europäische Friedensordnung zerstört – sieht man vom kriegerischen und ungemein blutigen Zerfall des Vielvölkerstaates Jugoslawien im letzten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts ab.

Noch einmal: Zur Lage – wer gefährdet unsere Sicherheit zu Zeit am stärksten?

Russische Ambitionen: zurück zum Zarenreich?

In unmittelbarer Nachbarschaft bedrohen uns Europäer die russische Invasion und Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim sowie gegen Donbass-Gebiete, also Teile der ukrainischen Provinzen Donezk und Luhansk im Osten der Ukraine.

Kriegsherr und Präsident Vladimir Putin wird nicht müde, den Zusammenbruch der UdSSR als „größte Katastrophe des letzten Jahrhunderts“ zu beklagen. Folglich sind die geostrategischen Ziele Moskaus klar: Wiederherstellung des alten zarischen „Kolonialreiches“, also der UdSSR ohne Kommunismus/Sozialismus! Seit den Zeiten der „Kiewer Rus“ – entstanden Ende des 9. Jahrhunderts– wuchs dieses Reich auf ein Siebtel der globalen Landmasse infolge kontinuierlicher Eroberungen. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sollen die erheblichen Gebietsverluste, zuvörderst die dadurch verloren gegangenen Einflussphären zurückgewonnen werden. Uralte Doktrinen wie das „Sammeln russischer Erde“³ und der Anspruch, „Moskau ist Drittes Rom“⁴ kommen augenscheinlich wieder zum Tragen: Putins offensive, wenn nicht aggressive These „Wir sind alle Russen“ zusammen mit völkerrechtswidrigen Aktionen des Verteilens russischer Pässe in ehemals benachbarten „Kolonien“ sind Ausdruck davon. Im Juli 2021 erschien ein Artikel aus Putins Feder mit dem Titel „Zur historischen Einheit von Russen und Ukrainern“, der von seinem Verteidigungsminister Sergej Shoigu unverzüglich zur Pflichtlektüre in der Armee erhoben wurde.

Die russisch-orthodoxe Kirche wird wieder als einzig wahrer Hort des Christentums gefeiert. Im Gegenzug werden alle anderen christlichen Religionsgemeinschaften im Freien Westen sowie weltweit als moralisch korrupt, antichristlich und versifft diskriminiert.

Der größte Feind für diese Ziele und eine Gefahr für Machterhalt sind für Putin die Ideen der Demokratie westlichen Typus'. „Orangene Revolutionen“ 2004 und 2013/14 in der Ukraine, inzwischen als „Majdan“ bezeichnet, und die massenhaften Proteste gegen den belarussischen Diktator Lukaschenko nach den unverhohlenen Wahlfälschungen im letzten Jahr sowie der inzwischen erfolglose „arabische Frühling“ waren bzw. sind Alarmzeichen für die russische Oligarchen-Familie, drohte doch völliger Machtverlust, vielleicht sogar Ahndung für die lange Liste russischer Verbrechen im In- und Ausland, würde die Russländische Föderation in demokratisches, vor allem rechtsstaatliches Fahrwasser geraten.

Angestrebt wird mit allen „hybriden Mitteln“ die Destabilisierung des Westens und die Spaltung der Europäischen Union – wir lesen und hören fast täglich davon. Um nicht zu sehr in der Theorie zu verharren, einige Beispiele der jüngsten Vergangenheit.

Klassische Kriegführung, allerdings brutalster Art waren die beiden Tschetschenien-Kriege⁵, besonders der zweite von Putin befohlene war insgesamt ein großes Kriegsverbrechen! Die Clique um Ramsan Kadyrov führt seitdem ein grausames diktatorisches Regime mit Billigung der Zentrale Moskau. Als nächstes war der sogenannte Fünftage-Krieg gegen Georgien 2008 provokativ von Moskau vorbereitet. Zwei abtrünnige Gebiete wie Südossetien und Abchasien werden massiv militärisch von russischem Militär gestützt. Der Verlauf des brutalen Vorgehens der russischen Streitkräfte zeigte aber, dass die Kampfhandlungen weitgehend im Szenario des Zweiten Weltkrieges steckengeblieben waren, was Strategie und Operation betraf. Grund genug für Moskau, seitdem gleich mehrere Militärdoktrinen⁶ in kurzer Reihenfolge zu erarbeiten und eine grundlegende Modernisierung von Waffen und Material einzuleiten.

Mit Überrumpelung der Weltöffentlichkeit und wohl auch westlicher Geheimdienste sowie im Glanzlicht der Olympischen Winterspiele im russischen Sotschi 2014 kam es dann zur militärischen Besetzung der ukrainischen Krim mit den „grünen Männchen“ – ein eklatanter Bruch der UN-Charta, des Völkerrechts und des Kriegsvölkerrechts, des gerade 10 Jahre alten „Budapester Abkommens“⁷ sowie mehrerer anderer gültiger Verträge und Vereinbarungen.

Zeitgleich begann der militärische Angriff auf die Ost-Ukraine und die Etablierung zweier so genannter Volksdemokratien Donezk und Luhansk. Die russische Intervention dauert nun schon fast 8 Jahre und kostete etwa 14.000 Zivilisten und Soldaten auf beiden Seiten das Leben. Schießereien mit Handwaffen und Artillerie sind Tagesgeschehen. Fast täglich gibt es Gefallene. Wie in Tschetschenien herrschen in Donezk und Luhansk chaotisch-totalitäre Diktatoren, die z. T. verbrecherische Laufbahnen aufweisen. Auch hier hat Moskau inzwischen hunderttausende russische Pässe ausgegeben und damit die Zahl der Staatsangehörigen Russlands maßgeblich erhöht – un-

denkbar zur Zeit, dass die Eroberungen Russlands eines Tages an die souveräne Ukraine zurückgegeben werden.

Belarus als eine der früheren sowjetischen Teilrepubliken und geopolitisch wie - strategisch enorm wichtig, gehört de facto längst zur Russländischen Föderation. Zwar hat der Diktator Aleksandr Lukaschenko nach der Vereinbarung einer weißrussisch-russischen „Union“ im Jahr 1999 trickreich versucht, seine Unabhängigkeit von Moskau über die Zeiten weitgehend zu retten und zu behaupten, was ihm im Westen sogar einigen Respekt verschaffte – jetzt ist der offen mit Maschinenpistole in der Öffentlichkeit auftretende Machthaber im Grunde zum Bittsteller, Vasall und „Anhängsel“ Putins geworden. Putin dirigiert ihn nach Belieben - zieht mal Zügel an und lässt sie dann wieder locker. Nach den offenkundig und schlampig inszenierten Wahlfälschungen 2020 kam es monatelang zu Massenkundgebungen, die durch Polizei, Sicherheitskräfte und Armee gewaltsam abgewürgt wurden. Tausende Verhaftungen und drakonische Gerichtsurteile haben den Widerstand gegen die Diktatur (vorerst?) erstickt. Allein schon wegen der nach Westen strebenden Ukraine und Moldawien wird Moskau Weißrussland-Belarus fest an sich binden, wenn nicht gar „einverleiben“. Russisches Militär ist längst zugegen.

Lukaschenkos Piratenakt in Form der erzwungenen Notlandung einer den belarussischen Luftraum überfliegenden Linienmaschine zum Zweck der Verhaftung und Folterung eines oppositionellen jungen Mannes ist ohne Rückendeckung Moskaus kaum vorstellbar. Auf diese verbrecherische Aktion folgte bald die nächste: Die geradezu perfide und für uns unvorstellbare Aktion des Erpressungsversuchs Lukaschenkos gegen die westliche Sanktionspolitik durch Anwerben und per „Luftfracht“ nach Minsk und von dort an die polnische und litauische Grenze gekarrte tausende Flüchtlinge! Da diese Zulieferung auch über Moskau und mit russischen Linienflügen organisiert wurde, ist Moskau Mittäter. Die westlichen Sanktionen waren schließlich (wohl ziemlich milde) Reaktionen auf die oben genannten groben Wahlfälschungen und die danach massenhaften Inhaftierungen von Demonstrantinnen und Demonstranten. Ob die weiteren Sanktionen helfen werden, bleibt wohl offen.

Schon wie im letzten Frühjahr entfaltet sich in diesen Tagen ein großer Truppenaufmarsch mit allen schweren Waffensystemen einschließlich des Einsatzes Atomwaffenfähiger Bombenflugzeuge an den Ostgrenzen der Ukraine, vom Dreiländereck Ukraine-Russland-Belarus bis zur besetzten Krim. Zudem und unabhängig davon bauen großangelegte Manöver im benachbarten Weißrussland-Belarus zusätzlich Drohkulisen auf. Putin und andere russische Politiker nehmen immer mehr das Wort „Krieg“ in den Mund – so hat der stellvertretenden Außenminister Titov Gennadijevitsch wörtlich dazu erklärt: „Es kann dazu kommen“⁸.

Im Gegensatz zu den kriegerischen Akten gegen Georgien, auf der Krim, im Donbass und Syrien fehlt diesmal der Überraschungseffekt. Es wären keine hybriden „Grüne-Männchen“-Operationen, sondern offener Krieg, der im Übrigen auf eine deutlich stärkere ukrainische Armee treffen würde. Für die russische Armee käme es zu erheblichen Verlusten. Nach Einschätzung ukrainischer Militärs und gefährdeter Bewohner besteht größte Sorge um die Landbrücke zwischen Donezk und der Krim⁹. Der für die Ukraine wichtige Hafen Mariupol war ja schon zu Beginn der Kampfhandlungen von prorussischen Freischärlern erobert, konnte aber von ukrainischen Soldaten und Freiwilligen-Korps befreit werden. Sollte es aber gelingen, diese Landverbindung unter russische Kontrolle zu bringen, wäre die Ukraine vom Asow'schen Meer abgeschnitten, und Russland könnte dieses eigentlich international freie Gewässer noch mehr für sich beanspruchen, als es dies bereits mit illegalen Aktionen tut.

Westliche Politiker und Militärexperten sind sich nicht einig. Wie ernst die Lage derzeit ist – die einen sehen durchaus die Möglichkeit eines russischen Angriffes auf die Ukraine, die anderen wollen nur Drohkulisse sehen mit dem Ziel, weitere Einflüsse des Freien Westen und hier der NATO im von Moskau beanspruchten Einflussgebiet abzuwehren.

Die offensiv vorgetragene Forderung Putins nach international rechtlich abgesicherten Einflusszonen zwischen „dem“ Westen und Russland ähneln stark den unseligen Abmachungen zwischen Adolf Hitler und Josef Stalin kurz vor Beginn des mörderischen Zweiten Weltkriegs. Man wird sehen, ob auch diese Erpressungsversuche Moskaus ganz oder teilweise erfolgreich sein werden. Leider ist sich das „westliche Lager“ wie so oft nicht einig – während die USA die Kriegsgefahr als brisant, weil real beurteilen, ziehen die Europäer, und hier vor allem die Mitglieder der EU unterschiedliche Folgerungen. Vor allem die deutsche, vorherige und jetzige Bundesregierung und deren Kanzlerpartei sieht lediglich den „Dialog“ mit Moskau als Lösung. Das, obwohl Putin gar nicht mit sich reden und zur Zeit keinerlei Kompromissbereitschaft erkennen lässt, wie nicht nur der Videogipfel Anfang Dezember mit US-Präsident Joe Biden zeigte. Dieser wurde zum diplomatischen Pluspunkt für Moskau, wurde doch über den Ukraine-Krieg (oft als „Krise“ oder „Konflikt“ semantisch verharmlost) über die Köpfe der Europäer wie auch der Ukraine selbst verhandelt. Daran änderten auch die Konsultationen der US-Regierung mit ihren Verbündeten nicht viel.

Jetzt gegen Jahresende sind an die 100.000 russische Soldaten an Russlands Westgrenze disloziert – nach Geheimdienstberichten sollen bis Ende Januar 2022 an die 175.000 in Stellung gebracht werden. Gleich, welche Absichten sich hinter dem andauernden russischen Truppenaufmarsch am schon genannten Dreiländereck sowie auf der annektierten Halbinsel Krim verbergen – zusammen mit dem Herankarren tausender Flüchtlinge an die polnische Grenze wird die Weltöffentlichkeit vom Sitzkrieg in der Ost-

ukraine und von anderen militärischen Aktivitäten z. B. im Nordkaukasus oder auf dem Schwarzen Meer abgelenkt. Putin reibt sich angesichts seiner Erfolge in Bezug auf Moskaus Machtansprüche in diesen fragilen Regionen die Hände. Mit seinen Forderungen der immer weiter gegen den Westen vorgeschobenen „roten Linien“ will er nicht nur die russischen Interessensphären auf Kosten des Westens in Europa erweitern, sondern den Widerstandswillen der USA, der EU und – nicht zuletzt – die Bereitschaft der neuen Bundesregierung in Berlin testen.

Moskau sucht das Bündnis mit der VRCh nach dem Motto „gemeinsam gegen den Westen“. Diese Gemeinsamkeit wird zusätzlich unterfüttert durch den Kampf gegen Islamismus. Während die chinesische Regierung den innenpolitischen Kampf gegen die Minderheit der muslimischen Uiguren durch riesige Umerziehungs- und Konzentrationslager gewinnen will, sieht sich Russland in gleicher Weise vom Islamismus in den mehr oder weniger unabhängigen Staaten an seinen Südgrenzen bedroht – nicht allein das Kaukasusgebiet war ja Anlass für die kriegerischen Auseinandersetzungen der 90er Jahre. Dabei gerät Moskau in Zwickmühlen, wie der kürzlich ausgefochtene Kleinkrieg zwischen Armenien und Aserbajdschan offenlegte. Es bleibt unklar, auf wessen Seite Moskau wirklich stand und steht – auf der des orthodoxen Armenien oder auf der des islamischen Aserbajdschan? Die etwa 20 000 Mann umfassende russische „Friedenstruppe“ zur Trennung der beiden kampfwilligen Armeen wird möglicherweise so schnell nicht abziehen, vielleicht sogar auf Dauer bleiben?

Ob Russland aber von Seiten der VRCh „auf gleicher Augenhöhe“ respektiert wird, ist wahrscheinlich auszuschließen. Gegen den wirtschaftlich haushoch überlegenen Nachbarn China hat Russland wenig zu bieten und wird deshalb so etwa wie Juniorpartner bleiben. Allein die Tatsache, dass weite Teile Südsibiriens inzwischen von chinesischer Geschäftstüchtigkeit beherrscht sind, öffnet den Blick auf ökonomischer Schwäche auf der einen und Stärke auf der anderen Seite.

Auch das fehlgeschlagene Streben der arabischen Welt nach Selbstbestimmung, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie ist aus Moskauer Sicht gefährlich. So erfasste der „arabische Frühling“ letztlich auch Syrien. Ohne Moskaus massive militärische Hilfe wäre der Diktator und Kriegsverbrecher Bashar al Assad längst gestürzt. Während sich die USA und damit der Westen aus dem Konfliktherd Nahost weitgehend zurückzogen, füllte Russland diese für seine geostrategischen Interessen offenen Flanken sukzessive aus. Russische Luftstreitkräfte bombardierten Krankenhäuser und Schulen. Putin verhinderte Gasangriffe des Regimes gegen die Zivilbevölkerung nicht. Ob diese schweren Verstöße gegen geltendes Kriegsvölkerrecht eines Tages geahndet werden? Die Zahl der Todesopfer geht in die Hunderttausende – mehrere Millionen Syrer sind geflohen und destabilisieren mehrere Länder in Nahost, ja sogar europäische Staaten.

Moskau stützt inzwischen – wie einst die kommunistische Sowjetunion – weltweit diktatorische, korrupte Herrschaften wie z. Beispiel Maduro in Venezuela, einige Potentaten in Afrika. Die berüchtigte Terrorgruppe „Wagner“ agiert mit Unterstützung Moskaus – diese ist nicht zu bezweifeln – an mehreren Konfliktherden des Globus und begeht schwerste Verbrechen.

Von uns völlig vernachlässigt wird das russisch besetzte Gebiet Transnistrien im Osten der moldauischen Republik, wo russisches Militär seit der Auflösung der UdSSR auch hier separatistische Gruppierungen an der Macht halten. Damit ist eigentlich die strategische Einkreisung der Ukraine Realität. Moskau besitzt sogar die Chuzpe, die Öl- und Gaslieferungen an das von Russen besetzte Gebiet bzw. Territorium der unabhängigen und demokratisch geführten Republik Moldawien nicht nur in Rechnung zu stellen, sondern sogar mit Blockade zu drohen, sollte Chişinău diese Rechnungen nicht begleichen. Nur durch Druck der EU ist kürzlich wieder ein Lieferungsvertrag zwischen der moldauischen Regierung und Moskau zustande gekommen und damit eine vorläufige Regelung entstanden. Die Gefahr weiterer zukünftiger Erpressungen ist damit keineswegs beseitigt.

Moskau unterstützt in der EU und im übrigen Europa links- und (!) rechtsextreme Gruppierungen – alles zum Zweck der schon genannten Destabilisierung westlicher Herrschaftssysteme. Das ähnelt schon sehr dem „internationalen Klassenkampf“ des sowjetischen Marxismus-Leninismus. Natürlich mit dem Unterschied, dass heute nicht mehr die „sozialistische Weltrevolution“ totalitär-ideologische Antriebsfeder ist, sondern Machtsicherung und -streben.

All dies wird natürlich gestützt durch massive Modernisierung und Aufrüstung russischer Streitkräfte. Während die Wirtschaftslage für die Mehrheit der russischen Bevölkerung immer schlechter wird, die staatliche Gewalt zunehmend in teilweise perverse Unterdrückung andersdenkender Russenausartet, glänzen neue, hypermoderne Waffen für die Drohgebärden gegen den Westen, hier insbesondere gegen NATO und EU.

Vor drei Jahren wurde die „Gerassimov-Doktrin“¹⁰ im Westen bekannt. Das ist so etwas wie eine „Strategie des totalen Krieges“. Erstaunlicherweise scheint die Öffentlichkeit und Politik in unserem Land diese unglaublich aggressive Militärdoktrin nicht wahrnehmen zu wollen. „Appeasement“ ist leider eine Geisteshaltung, die in manchen – vor allem linksgerichteten - Politikerkreisen immer wieder gehütet wird, obwohl die Geschichte bis in die jüngste Zeit ihre Untauglichkeit zum Zweck der Erhaltung des Friedens mehrfach bewiesen hat.

Phase 1: Herstellung günstiger politischer, ökonomischer und militärischer Bedingungen für die innere Destabilisierung durch ideologische, diplomatische und wirtschaftliche Operationen sowie Desinformationsaktionen und Methoden psychologischer Kriegsführung,

Phase 2: Täuschen und Irreführen der politischen und militärischen Führung des Gegners durch die Verbreitung falscher Daten über diplomatische Kanäle, Medien, dann auch durch die eigene Regierung und das eigene Militär,

Phase 3: Aktionen, die dazu führen, dass Regierungsbeamte und Offiziere des Gegners ihre Dienstposten verlassen, indem sie eingeschüchtert, getäuscht oder bestochen werden,

Phase 4: Verstärkung der Unzufriedenheit in der Bevölkerung durch die Aktivierung der „fünften Kolonne“, das Einschleusen militanter Gruppen und das Verstärken subversiver Handlungen,

- **Phase 5:** Vorbereiten der militärischen Aktionen, indem Hindernisse im anzugreifenden Land aufgebaut und private Kampfgruppen (grüne Männchen) eingeschleust werden, die mit der bewaffneten Opposition zusammenarbeiten,
- **Phase 6:** Start militärischer Aktionen nach breiter Aufklärung und Subversion. Alle (russischen) Truppen einschließlich der Spezialkräfte müssen sich in Stellung gebracht haben,
- **Phase 7:** Vernichtung der Hauptverteidigungskräfte des Gegners durch koordinierte Operationen aller Kräfte einschließlich elektronischer Kampfführung,
- **Phase 8:** Zerschlagung übrig gebliebener Widerstandsnester und Zerstörung überlebender Einheiten durch Spezialoperationen.

So etwas wie „Friedensliebe“ lässt sich hier nirgends erkennen. Im Grunde ist das die Kriegserklärung unter Einsatz aller Mittel an alle Staaten, die aus Moskauer Sicht als feindlich eingestuft werden.

Schließlich kommen weitere russische Expansionslinien hinzu: So die Besitzergreifung arktischer Gebiete nicht nur zur Erschließung neuer attraktiver Seefahrtwege im Hohen Norden, sondern darüber hinaus zur Ausbeutung von Bodenschätzen. Russland beansprucht weite arktische Gebiete und beruft sich dabei auf „seinen“ ausgedehnten Festlandsockel, der weit in Richtung Nordpol reicht. Das Implantieren einer russischen Flagge aus Edelstahl durch ein U-Boot in den Seeboden direkt am Nordpol sollte so etwas wie den Besitzanspruch dokumentieren.

Moskau strebt seit dem 19. Jahrhundert danach, das Asow'sche Meer, besser noch das ganze Schwarze Meer als „mare nostrum“ und somit als seinen Einflussbereich durchzusetzen. Strategisch besonders bedeutend und mehrfach kriegerisch gegen die „Hohe Pforte“ angestiftete Initiativen der Moskowiter Zaren im vorletzten und auch letzten Jahrhundert sollten nicht nur freie Durchfahrt durch die Meeresenge ins Mittelmeer

erzwingen, sondern auch Kontrolle über Bosphorus/Dardanellen. Auch hier haben wir traditionelle historische Expansionslinien. Dass die NATO das von Recep Tayyip Erdoğan ebenfalls immer autoritärer ausgeprägte Präsidialsystem Türkei sehr „nach-sichtig“ behandelt, ist in erster Linie dieser geo- und militärstrategischen Bedeutung der Seeverbindung zwischen Schwarzem Meer und Mittelmeer zuzuschreiben.

*Neue Weltmacht VRCh – der wahre Gegenspieler zu den USA
und zum Westen insgesamt?*

Vor Kurzem konnten wir die 100 Jahr-Feier der Chinesischen Kommunistischen Partei mit Gestaltung einer wohl größtenwahnsinnigen Militärparade erleben. Mit etwa 2,2 Millionen Soldaten besitzt China die größte Armee weltweit.

Zur kurzen Erinnerung: Mao Zedong scheiterte mit seinem totalitären Regime und den beiden Kampagnen „Der große Sprung nach vorn“ (1958 bis 1962) mit großer Hungersnot und dann die „Große Proletarische Kulturrevolution“ (1966 bis 1969) – heute „Das große Chaos“ genannt – geradezu wahnwitzige, vorsätzliche und ideologiebedingte Ausnahmesituationen mit Millionen Todesopfern! Erst nach Maos Tod war Deng Xiaoping mit Reformen erfolgreich. Seine Reformen führten zum heutigen Wirtschafts-“boom“. Auf internationaler Ebene blieb bis vor einigen Jahren die Außenpolitik Pekings nicht sonderlich offensiv, sondern eher defensiv, was militärstrategische Zielsetzungen betraf. Das ist nun offensichtlich vorbei.

Wie sich die Bilder gleichen: Die Sorge vor Demokratisierung und damit Destabilisierung des totalitären Herrschaftssystems führte zum blutigen Massaker auf dem Platz des „Himmlischen Friedens“ (Tiananmen) Anfang Juni 1989 – das war ein offensichtlich bedrohliches Warnzeichen für die KPCh. Die weitgehend demokratisch geführte und frühere britische Kronkolonie Hongkong bereitete Peking die gleichen Befürchtungen – mit Bruch des mit dem United Kingdom eingegangenen Übergangsvertrags wurde die demokratisch legitimierte Selbstverwaltung von Peking rigoros und mit Gewalt beseitigt. Die für Diktaturen typisch gefälschten Wahlen sind in diesen Tagen ganz im Sinne Pekings erfolgreich gewesen – lediglich die sehr geringe Beteiligung der Hongkonger Bevölkerung ist ein Zeichen stillen Widerstandes ebenso wie die wachsende Zahl der Exilanten ins Ausland.

Mit dem heutigen Partei- und Staatschef Xi Jinping kommt es offensichtlich zur Rückkehr zu Maos Zeiten, also zur weiteren Verschärfung totalitärer Gewalt. Nach Säuberung möglicher Konkurrenten und „Abweichler“ innerhalb der KPCh ist der Kp-Chef im Moment unantastbar und wird voraussichtlich im kommenden Jahr vom Volkskon-

gress zum „Obersten Führer“ –ein Titel, den auch Kim Jong un als nordkoreanischer Diktator führt – auf Lebenszeit „proklamiert“ bzw. inthronisiert. Wiederum erhitzt un-vergleichlicher Personenkult die parteiamtliche Propaganda. Wiederum werden der Westen und hier vor allem die USA zum propagandistisch aufgeblasenen Feindbild.

Seit einigen Jahren wird Hochrüstung betrieben – Heer sowieso – Luftstreitkräfte – Marine vor allem. Flugzeugträger sollen den USA Paroli bieten. Nuklearfähige Interkontinental-Raketen sind, was Zahlen anbetrifft, zwar noch weit von den Arsenalen der Russen und Amerikaner entfernt. Derartig große Nuklearwaffen braucht es eigentlich nicht. Es genügen relativ wenige, um politische und militärische Ziele abzusichern bzw. durchzusetzen (man vergleiche die Rolle des kleinen Nordkoreas). Doch die Mannschaftsstärken und deren Waffenarsenale sind beeindruckend–manche Militärexperten behaupten bereits: Stärker als USA?

Aktuell werden Hyperschallgleiter getestet. Diese können wegen 4 bis 5, ja gar bis 8 Mach und aus Weltraum-Höhe nicht nur die Raketenabwehr der USA und anderer NATO-Partner überwinden, sondern beliebig aus allen Himmelsrichtungen, dazu vom Zeitpunkt her unvorhersehbar punktgenaue Ziele zerstören. Offenbar gibt es derzeit noch keine Erfolg-versprechende Abwehr.

Waffen sind das eine, die jeweilige Militärdoktrin (im Westen etwa Militärstrategie) und die geopolitischen wie -strategischen Ziele der politischen Führungen das andere. Wichtiger im Moment ist demgemäß das zunehmend aggressive Hegemoniestreben Pekings. Seit 1949 fordert Peking die „Wiedervereinigung“ mit der Insel Taiwan, obwohl dieses Eiland keineswegs immer in der Geschichte zum Festland gehörte. Die Drohung des militärisch herbeigeführten Anschlusses wird derzeit immer heftiger und mit provokativen Militärübungen untermauert. So erweist sich als Todsünde der Vereinten Nationen, die totalitäre VRCh 1971 als Mitglied in die Vollversammlung wie auch in den UN-Sicherheitsrat aufzunehmen und zeitgleich das demokratisch und rechtsstaatlich regierte Taiwan auszuschließen. Das war und ist für Sicherheit und Erhalt der funktionierenden Demokratie auf Taiwan alles andere als hilfreich. Auch die chinesische Staatsführung spricht immer lauter von „Krieg“.

Peking legt sich mit seinen Nachbarn im und rund um das Südchinesische Meer mit dem Anspruch an, die Seegrenzen auf deren Kosten weitausgreifend zu erweitern. Mit künstlich an kleine felsige Klippen angelegten, aufgeschütteten Inseln für Häfen und Landebahnen für Flugzeuge werden kleine Eilande zu militärisch nutzbaren Stützpunkten. Das Ganze wird untermalt mit gezielten Angriffen, sogar Kollisionen gegen Fischereiboote und Küstenwachen benachbarter Inselstaaten. Solche Ansprüche auf Kontrolle international bedeutender Seewege durch den Indopazifik und dieser offensiv betriebene „Kleinkrieg auf See“ sind eindeutige Verstöße gegen Völker- und See-

recht – natürlich auch gegen die UN-Charta und andere internationale Rechtsformen. Dazu korrespondiert Nichtanerkennung der Internationalen Gerichte und deren Urteile.

Die beiden „Seidenstraßen“-Projekte zu Lande und zur See dienen dem global weit-ausholenden wirtschaftlichen und militärischen Einflussgewinn. Peking pumpt viel Geld in Strukturhilfen für meist afrikanische, aber auch asiatische, arabische und nicht zuletzt sogar europäische Staaten. Unterstützt wie Moskau das korrupte Maduro-Regime in Venezuela. Hier sind es Übernahmen in Not geratener Firmen und Unternehmen, dort sind es Bauten aller Art – Fabriken, Häfen, Straßen, Flugplätze u. a. m.

Der Westen als Ganzes ist sowieso derzeit existenziell abhängig von Export- und Lieferketten von China – nun kommen infolge dieser durchsichtigen „Entwicklungshilfen“ weitere Staaten auf anderen Kontinenten in Abhängigkeiten, übrigens nicht selten auf Kosten wirtschaftlicher Beziehungen und freundschaftlicher Verbindungen zu westlichen Industrieländern. Diese beginnen diese Abhängigkeiten dadurch abzubauen, indem sie technologische und wirtschaftliche Gemeinsamkeiten zurückzuholen beginnen. Zur Eindämmung chinesischer Hegemoniebestrebungen müssen diese Gegenmaßnahmen dem Weltfrieden dienlich sein, weil die chinesische Volksmarine sogar Stützpunkte im arabischen Raum und an der Westküste Afrikas gewinnt. Peking folgt damit der alten These, dass eine Flottenmacht nur dann Seemacht wird, wenn sie sich weltweit in alle Meere begibt.

Ist die Furcht erregende Machtfülle und deren Zuwachs nicht zu bremsen? Doch: Schwerwiegende innenpolitische Probleme wie immer noch große Armut in weiten Teilen des Landes sowie die rasant zunehmende Überalterung (aufgrund der früheren Ein-Kind-Politik) sind Gefahren für die innere Sicherheit. Dazu kommt die dem gesellschaftlichen Zusammenhalt entgegenstehende, chinaweite und massenhafte Wanderung einfacher Arbeitskräfte, ja Tagelöhnern. Familie werden zerrissen und Kinder wie Jugend wachsen ohne Väter auf. Folgen sind nicht nur Bildungsdefizite weiter Bevölkerungsgruppen, sondern die Fortexistenz eines Proletariats. Die ungestüme Industrialisierung führte zu schwersten Umweltsünden wie Vergiftung ganzer Regionen und fast aller großen Flüsse. Hohe Sterblichkeit wegen Luftverschmutzung in Industrieregionen sowie Massen- und Großstädten sind Folge und wohl im globalen Vergleich katastrophal.

Wer in die Geschichte des „Reiches der Mitte“ schaut, sieht einen ständigen Wechsel von „nationaler Größe“ mit mächtigem kaiserlichem Zentralismus – und dann wieder von Zerfall in chaotische Bürgerkriege mit dem Ergebnis der Verarmung und Fremdbestimmung. Das ging teilweise über lange Zeiträume mit prachtvoller Machtentfaltung im Innern und nach Außen, wurde dann aber von Zerfall in Kleinstaaterei, Clan- und Warlord-Herrschaft abgelöst. Niemand weiß, ob die Chinesen den rasch zuneh-

menden totalitären, freiheitsfeindlichen und fremdbestimmenden Machtanspruch der KPCh auf Dauer ohne Widerstand akzeptieren und sich mehr und mehr dem nur noch angeblich kommunistischen „Staatskapitalismus“ unterwerfen wollen.

NATO und EU – gemeinsame Sicherheitspolitik?

Nach der so genannten Wende – die man treffender als „Konterrevolution“ bezeichnen sollte – kam es aufgrund des Wegfalls militärischer Bedrohung aus dem Osten zu massiver Abrüstung aller NATO-Staaten, was Soldaten, Waffen und Ausrüstung angeht. Die „Friedensdividende“ ließ Hoffnung auf friedlichere Zukunft aufkommen. Auf der Habenseite hat das NATO-Bündnis sein „Schutzgebiet“ erheblich erweitert: Heute sind es nach Aufnahme Nord-Mazedoniens 30 freiheitliche Staaten. Ob man der Türkei als strategisch höchstwertiges Mitglied noch das Prädikat „rechtsstaatlich“ und damit freiheitlich-demokratisch verleihen kann, ist derzeit aufgrund massenhafter Inhaftierungen politischer Kritiker ohne Gerichtsbeschluss mehr als fraglich. Noch bestehen jedoch Chancen der Abwahl der heutigen autoritären Regierung 2023 und damit hoffentlich verbunden die Rückkehr zu Rechtsstaatlichkeit und lebendiger Demokratie.

Die NATO hat sich nie nur als rein militärisches Bündnis, sondern mindestens gleichrangig als politische Gemeinschaft freier Völker verstanden. Immer wieder gab und gibt es Schwächephasen – die schlimmste wurde ausgelöst durch die vier Jahre Regierungstätigkeit des US-Präsidenten Donald Trump – ein Mann von unglaublicher Eitelkeit, Dreistigkeit, Dummheit, Narzissmus. Er war der Prototyp des Politikers, der das „Sterben der Demokratie“, der ältesten auf unserem Globus, einleitete¹¹. Niemand hätte sich jemals vorstellen können, dass innerhalb der Amtszeit eines unberechenbaren Präsidenten die Demokratie infrage gestellt werden konnte. Für die NATO bedeutete die „America-first“-Politik den Verlust des Vertrauens zur „Führungsmacht“. Ohne diese Gewissheit ist Abschreckung gegen militärische Aktionen Russlands oder eben auch Chinas nicht mehr glaubwürdig.

Seit der Abwahl dieses destruktiven Präsidenten bemüht sich sein Nachfolger Joseph „Joe“ Robinette Biden mit großem Einsatz um Wiederherstellung westlichen Einvernehmens. Damit ringt die NATO um eine neue Strategie – mehrere Konferenzen haben den Anfang zur Neuorientierung gemacht, weitere stehen in kurzen Zeitabständen an – und werden damit hoffentlich den aktuellen Erfordernissen gerecht. Somit besteht Hoffnung, dass mit Joe Biden, seinen Ministern für Auswärtiges Antony John Blinken und für Verteidigung Lloyd James Austin III. Rückkehr zur alten Führungsstärke möglich ist, und somit der Friedenserhaltung gedient werden kann.

Wenn wir Europäer auf Bidens Avancen nur halbherzig reagieren, gefährden wir nicht nur dessen Präsidentschaft, sondern auch unsere Sicherheit!

Das wäre ein schwerer Fehler! Jedenfalls sind die Europäer, und bedauerlicherweise gerade die Europäische Union zwar immer noch ökonomisch ein Riese, politisch jedoch wesentlich bedeutungsloser und militärisch trotz aller Bekundungen der Notwendigkeit von sicherheitspolitischer Schlagkraft unglaublich. Gern wird hier die EU gern als „Zwerg“ verspottet.

Selbst in der NATO lassen europäische Regierungen „Appeasement-Bestrebungen“ erkennen, obwohl die Geschichte nicht nur deren Untauglichkeit zur Friedenssicherung hinreichend nachweist, sondern sogar als Auslöser von Kriegen gedient hat.

Noch wissen wir nicht, wie auf längere Sicht die sicherheitspolitische Bündniszusammenarbeit nach dem durch britischen, eher englischen Nationalismus ausgelösten „Brexit“ aussehen wird. Die Phalanx gegen russisches und chinesisches Machtstreben sowie gegen harsche Einflussnahmen ist nicht einmal innerhalb der EU geschlossen und deshalb geschwächt – die ungarische Regierung unter Viktor Orban, auch der tschechische Präsident Miloš Zeman suchen Sonderbeziehungen zu Moskau und Peking. Nun zeigt auch der seit kurzem im Amt befindliche slowenische Janez Janša gewisse Affinitäten dorthin. Hinzu kommen Bestrebungen der Einschränkung von Presse- und damit Meinungsfreiheit. Die Republik Polen hingegen bekennt sich aus ersichtlichen Gründen beharrlich zur NATO, beschreitet aber den Weg zum Abbau von Rechtsstaatlichkeit und Presse- bzw. Meinungsfreiheit, weil sich die PiS-Regierung das Justizwesen zum Untertanen macht und die Presse-landschaft zu ihren Gunsten verändert.

Es ist Binsenweisheit: Gewaltenkonzentration ist das Hauptmerkmal autoritärer und totalitärer Herrschaftssysteme. Sollten die Hoffnungen trügen, dass durch Abwahl der für diese gefährlichen Entwicklungen schuldhaften Regierungen diese fundamentalen Mängel geheilt werden können, muss eine Lösung für das Ausscheiden dieser Staaten aus dem Verbund der EU gefunden werden, damit diese nicht ihre unveräußerlichen Grundlagen verliert. Es gibt allerdings keine rechtlich verbindlichen Vereinbarungen im EU-Vertragswerk, wie vertragswidrige und gegen europäische Ideale untreue Mitgliedstaaten ausgeschlossen werden können.

Zwar haben die EU-Staaten in letzter Zeit Strukturen zur Vereinheitlichung von Außen- und Sicherheitspolitik vereinbart mit dem Ziel gemeinsamer militärischer Einsätze zu Stabilisierung und Konfliktverhütung bzw. -beilegung. Die erste derartige Mission fand schon 2003 in Mazedonien statt. Ins Bewusstsein der Öffentlichkeit sind die weltweit derzeit 46 Missionen allerdings nicht gelangt, u.a. weil kein Interesse an sicherheitspolitischen Fragen und Problemen in unserer Gesellschaft besteht, und die

Medien viel zu wenig berichten. Beispielhaft ist doch, dass Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Bundeswahlkampf 2021 so gut wie keinerlei Rolle spielte, obwohl die Sicherheitslagen nicht nur in Osteuropa und in Nahost sowie um den Indopazifik alles andere als beruhigend sind. Wer kennt Begriffe wie EVU (Europäische Verteidigungsunion) und deren Fundamente wie PESCO (Ständige Strukturierte Zusammenarbeit von EU-Mitgliedstaaten im Bereich der Sicherheit und Verteidigung), CARD (Koordinierte Verteidigungsplanung) und EVF (Europäische Verteidigungsfonds) ¹².

Erfolge hat die EU mit weltweiten, diplomatischen Einsätzen durchaus – wie schlagkräftig sie als sicherheitspolitischer Akteur sein kann, was ihren Beitrag zur Friedenserhaltung mit militärischen Mitteln angeht, müsste eigentlich nach ihren Einsätzen auf dem Balkan, in Regionen Afrikas sowie mit Missionen auf See positiver bewertet werden.

Die nach dem Scheitern der Schaffung eines auf irgendeine Weise demokratischen Herrschaftssystems in Afghanistan zur Zeit gefährlichste UN-Friedensmission der Bundeswehr sind die Einsätze in Mali seit 2013. „MINUSMA“ soll der Stabilisierung der von islamistisch-terroristischen Banden bedrohten Region dienen. Dazu kommt der Bundeswehreininsatz im Rahmen der multinationalen Ausbildungsmission der EU mit der Bezeichnung EUTM. Nach dem „Debakel“ der NATO in Afghanistan wird auch dieser Einsatz in Afrika immer kritischer gesehen – wie sich die gerade ins Amt gekommene Bundesregierung dazu entscheidet, bleibt abzuwarten.

Deutschland als eigentlich wirtschaftlich stärkster „Pfeiler“ im europäischen Bereich von NATO und EU müsste die Führungsrolle im Rahmen der Fortentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) wahrnehmen, um die EU zum Mitspieler auf dem Parkett der Weltpolitik, zum respektierten Partner im Krisenmanagement auf internationaler Ebene aufwachsen zu lassen. Vorbild an glaubwürdiger Verteidigungspolitik ist unser Deutschland angesichts ständig schärferer Kriegsandrohungen aus Moskau aber keineswegs. Der ukrainische Historiker Kyrylo Tkachenko behauptet im FAZ-Artikel „Appeasement ist der falsche Weg“¹³ sogar: „Die Mitschuld der Bundesrepublik an der aktuellen Kriegsgefahr ist immens.“ Es sei an der Zeit, die Realität anzuerkennen – es müsse gehandelt werden, bevor Russland die Ukraine überfalle, nicht danach.

Militärischer Beitrag Deutschlands

Ein Blick auf die Bundeswehr seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes bzw. „Kalten Krieges“: Potentiell wäre die Bundeswehr Ende 1990 670.000 „Mann und Frau“ stark

gewesen. Aber: Weder hatte unsere westliche Armee noch tatsächliche 500.000, noch die NVA ihre 170.000 Mannstärke. Der rasche und unaufhaltsame staatliche Zerfall der DDR zeigte sich auch darin, dass viele Soldaten, vor allem Wehrpflichtige, der NVA eigenmächtig den Rücken gekehrt hatten. Allgemein wird die „Vereinigung“ von Bundeswehr und NVA als gelungen und vorbildliche Leistung dargestellt – wahr ist aber, dass die NVA faktisch abgeschafft wurde. Nur ganz wenige aktive NVA-Soldaten wurden wirklich auf Dauer in die Bundeswehr übernommen.

Eine große Leistung waren allerdings Verschrottung und Veräußerung des „prallen“ Waffen- und Munitionsarsenals der NVA. Noch aufwändiger und für den Steuerzahler kostspieliger war die Beseitigung unglaublicher Umweltschäden – vor allem die der bis in den Sommer 1994 abziehenden russischen Soldaten mit ihren Familien sowie ihrem umfangreichen Gerät. Dass dies in wenigen Jahren mit immensem Kostenaufwand geleistet wurde, ist aus heutiger Sicht so etwas wie ein Wunder.

370.000 Soldatinnen und Soldaten hätte das vereinigte Deutschland nach Verträgen rund um die „Vereinigung“ noch unter Waffen haben dürfen. Aber die massive Abrüstung der Bundeswehr wie auch anderer NATO-Staaten führten zum Vorwurf vom „Steinbruch“ unserer Sicherheit. 165.000 Soldatinnen und Soldaten wurden es – etwa 210.000 sollen es wieder werden. Das ist im Moment Illusion, weil zu wenige junge Menschen zu unserer Armee gehören wollen. Ebenso drastisch abgebaut wurden deutschlandweit „Untertage-Anlagen“ (vulgo Bunker) sowohl für militärische Zwecke als auch für den Zivilschutz. Selbst der Regierungsbunker „Rosengarten“ am Rande des Ahrtales wurden aufgegeben, weil man an die bereits genannte „Friedensdividende“ glaubte und sich einen Waffengang auf europäischem Boden nicht mehr vorstellen konnte.

Dass dies Illusion war, zeigte sich sehr schnell. Gleich zu Beginn der 90er Jahre begann der blutig-grausame Bürgerkrieg im Vielvölkerstaat Jugoslawien (Südslawien). Jeder, der vorher behauptet hätte, dass deutsche Soldaten eines Tages auf dem Westbalkan eingesetzt würden, wäre für verrückt erklärt worden. Der erste scharfe Schuss aus deutscher Waffe fiel – soweit bekannt – in Albanien zur Abwehr feindlichen Angriffs auf einen Hubschrauber, der zur Evakuierung von Deutschen und Ausländer gelandet war. Kurz vorher waren Transall-Maschinen bei Versorgungsflügen für das eingekesselte Sarajewo beschossen worden, zum Glück nur mit Schäden an den Maschinen, doch ohne Verluste an Menschenleben. Es folgten von da an Einsätze auf mehreren Krisen- und Kriegsschauplätzen: Vom Balkan über Thailand, Somalia, Horn von Afrika, Gibraltar, Kuwait, Libanon, Afghanistan, Irak, Syrien und Mali und andere. Gründe waren und sind stets: Einsätze gegen Menschenrechtsverletzungen, Kriegsverbrechen, internationalen Terrorismus, Piraterie, Schutz von bedrohten Minderheiten. Aber auch Aufbau- und Katastrophenhilfen.

Nach der Störung der europäischen Friedensordnung durch die Russische Föderation auf der Krim und im Donbass (siehe oben) nicht lange nach der Jahrtausendwende ist plötzlich der Ruf laut geworden, den Wandel unserer Bundeswehr zur Einsatzarmee auf internationalen Krisenschauplätzen zumindest teilweise rückgängig zu machen und die Fähigkeit zur Bündnis- und Landesverteidigung wieder herzustellen. D. h. nichts anderes als die Wiederherstellung organischer Großverbände der Bundeswehr durch Rücknahme zentraler Zusammenfassungen und Rückkehr zur dezentralen Truppenstruktur vor allem des Feldheeres.

Denn seit langem ist die Bundeswehr in Teilen nicht einsatzfähig: Zu Manövern müssen Waffen und Gerät eigens „zusammengeholt“ werden. Ein Unding! Geradezu grotesk: Alle U-Boote „tauchten“ zeitweise nicht. Nur 35 „Puma“-Schützenpanzer sind nach 5 Jahren Einsatz im Heer voll einsatzfähig. Die Fregatte 125 „Baden-Württemberg“ befindet sich nach 75.000 Seemeilen immer noch in Erprobung. Nach Jahren ist der Nachfolger der „Transall“, der Airbus 400M jetzt einigermaßen für seine Multirolle tauglich. Die Rettungsaktion „Afghanistan“ hat die Einsatztauglichkeit erwiesen, aber auch gezeigt, dass diese Fähigkeit heute unverzichtbar ist. Das sind nur einige Beispiele.

Nun sind deutsche Soldatinnen und Soldaten in nördlichen und östlichen Nachbarländern im NATO-Einsatz. Aufgrund vertraglicher Vereinbarungen – auch mit Russland – sind aber westliche Streitkräfte immer nur mit kleinen Verbänden und nur in begrenzten Zeitabschnitten präsent oder in Übungen aktiv.

Natürlich gibt es auch positive Entwicklungen. So stiegen die Ausgaben für Verteidigung aus dem Bundeshaushalt in den letzten Haushaltsjahren, im Jahr 2020 allmählich auf 1,56 %, sollen aber nach bisheriger Planung demnächst wieder fallen. Es sei denn, die nach Presseberichten erfolgte Inausichtstellung von Bundeskanzler Olaf Scholz wird Wirklichkeit, dass die moderaten Steigerungen der jüngsten Zeit fortgesetzt würden. Die rüstungstechnische Zusammenarbeit einiger NATO-Mitglieder – hier vor allem Frankreich und Deutschland – entwickelt große Pläne wie gemeinsames Jagd- und Kampfflugzeug, gemeinsamer schwerer Panzer, weitere Standardisierung der Waffensysteme – ein weites Feld. Ob die Hoffnung trägt, dass die Standardisierung der Waffensysteme Kosten einspart, wird erst die Zukunft zeigen. Dass ausgerechnet das reichste NATO-Mitglied die vertraglich vereinbarten 2 %- Verteidigungsaufwendungen (gemessen am BIP) nicht erfüllt, ist eigentlich ein Skandal.

RSU-Kompanien auf Landesebenen – jetzt mit der Bezeichnung „Heimatschutz“ versehen – sollen die kämpfende Truppe entlasten. Das „freiwillige Dienstjahr“ mit gründlicher Grundausbildung ist gerade am Anlaufen, wird – so hört man – schon ganz

gut angenommen und soll nicht nur Zeit- und Berufssoldaten anwerben, sondern auch Reservisten heranbilden.

Das Bundestagswahlergebnis ergab erstmals in unserer Geschichte eine Koalition von drei Parteien, die sich entscheiden muss: Entweder steigen die Kosten für Sozialausgaben und Klima-Erhalt sowie Pandemie-Bekämpfung weiter ins Unermessliche, oder aber es wird angesichts erheblich gewachsener Bedrohungen mehr für Verteidigung ausgegeben. Mehr als jeder zweite Euro des Bundeshaushalts und insgesamt über eine Billion € im Jahr sind 2020 für Soziales ausgegeben worden. Mit dieser Ampel-Koalition und somit Regierungsbeteiligungen von „Grünen“ und SPD ist zu erwarten, dass die Bundeswehr auch in Zukunft stark unterfinanziert sein wird. Fraglich bleibt zudem wegen links-pazifistischer Vorstellungen mancher Politiker der SPD und der Grünen, ob ein Kernelement unserer Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, nämlich die „Nukleare Teilhabe“ im NATO-Bündnis, bestehen bleibt. Ein Ausscheiden wäre fürs Bündnis katastrophal. Dasselbe gilt für jede Verweigerung der absolut notwendigen Waffenausrüstung von Drohnen sowie die Abwehrmöglichkeit solcher möglicherweise in Schwärmen angreifenden „autonom“ fliegenden Bomben. Zu diesen Fragen wird es voraussichtlich heftige Kontroversen geben.

Wie so oft: Worte und Taten sind im Widerspruch. Das Prädikat „Parlamentsarmee“ ist wohl einmalig auf dem Globus. Ob dieser Anspruch den Realitäten gerecht wird?

Pazifistische Irrwege

Über „Die Linke“ bedarf es nur weniger Worte: Die früher durch und durch militaristische Partei tut heute so, als sei sie vollauf pazifistisch, fordert Austritt aus der NATO und im Grunde Abrüstung, vielleicht sogar Abschaffung der Bundeswehr. Widersprüchlich zum Pazifismus ist allerdings, dass sie in ihrer ideologischen Verkrustung die militärische Drohungen Moskaus ausblenden. Ihre Affinität zur Oligarchenfamilie zeigt, dass die Genossinnen und Genossen noch nicht einmal begriffen haben, dass diese Machthaber alles andere als „links“, sondern eher als rechtsradikal einzuordnen sind.

Noch einmal: Gefährlicher ist der in diesen Tagen festzustellende Linksruck der SPD und die damit verbundene Ablehnung wichtiger Rüstungsanschaffungen für die Bundeswehr. Da schimmern Äquidistanz-Vorstellungen durch, so als ob auch die NATO Russland bedrohe, so dass sich Putin bedroht fühle. Dazu passend wird immer wieder die Mär von der angeblichen Selbstverpflichtung der NATO aufgewärmt, diese habe im Zeitraum der deutschen Wiedervereinigung versprochen, dass sich das Bündnis

nicht nach Osten ausweiten würde. Zum einen gibt es dazu nichts Schriftliches, keinen Vertrag und nicht einmal die Bestätigung des damaligen sowjetischen Generalsekretärs Michail Gorbatschow. Selbst wenn es mündliche Zusagen gegenüber der Sowjetunion gegeben hätte, wäre dies angesichts der Tatsache, dass es das Völkerrechtssubjekt UdSSR nicht mehr gibt, gegenstandslos.

Der kurze Krieg zwischen Armenien und Aserbeidschan lehrt uns: Die Aseris haben durch Einsatz bewaffneter Drohnen aus türkischer Herstellung diesen Krieg in kurzer Zeit gewonnen. Dagegen hatte die armenische Armee keine Abwehr und musste schwerste Verluste an Kampfpanzern und Artillerie hinnehmen. Diese alarmierende Erfahrung haben führende Politiker des Deutschen Bundestages noch nicht verinnerlicht. So gibt es Vorbehalte gegen bewaffnete Drohnen und de facto somit gegen den Schutz deutscher Soldaten – eine unglaubliche Verweigerungshaltung in Anbetracht neuer Bedrohungen. Noch einmal: Zwei Forderungen können de facto das Ausscheiden unserer Bundeswehr aus dem NATO-Bündnis bedeuten – einmal die nach Abzug der wenigen verbliebenen Atombomben in der Eifel, und zu zweiten die Forderung, die in die Jahre gekommenen Tornado-Jagd-bomber der Luftwaffe durch moderne Flugzeuge zu ersetzen, die nukleare Waffen nicht mehr transportieren können.

Annalena Baerbock hatte vor ihrem Amtsantritt ins Auswärtige mehrfach die Forderung erhoben, die Amerikaner sollten diese wenigen, in der Eifel unter ihrer alleinigen Verfügung gelagerten nuklearen Waffen beseitigen. Wer das fordert und nicht in gleichem Atemzug die Abrüstung nuklearfähiger Mittelstrecken-Raketen der Russen im Oblast Kaliningrad und (neuerdings!) auf der Krim fordert, handelt grob fahrlässig und untergräbt die Abschreckung, die in Zeiten des Kalten Krieges den „heißen“ verhindert hat. Wir werden sehen, ob Pressemeldungen stimmen, dass in Bezug auf die Bewaffnung von Drohnen neuerdings ein Umdenken in der SPD begonnen und deren Fraktionsvorsitzender Rolf Mützenich¹⁴ in dieser Frage an Bedeutung verloren hat. Weiterhin werden wir sehen, die der jetzt schon aufkeimende Dissens zwischen der neuen Außenministerin und dem ebenfalls neuen Bundeskanzler Scholz ausgehen wird: Hier wird weiterhin für Härte in Bezug auf die Diplomatie gegen Russland und China und nicht zuletzt für das Einfrieren der Nordstream 2-Gaspipeline gedrungen, und dort wird entweder geschwiegen oder das russisch-deutsche Gasprojekt zur rein privaten, also wirtschaftlichen Angelegenheit herabgestuft¹⁵. Ausgerechnet in der Zeit, in der die Spannungen zwischen Russland und NATO zunehmen, die Kriegsdrohungen Putins gegen Kiew immer heftiger ausfallen, fallen die Gaslieferungen des staatlich kontrollierten Gaskonzern „Gazprom“ kontinuierlich zurück, wird ebenso ausgerechnet die Gasbelieferung einer Pipeline durch Belarus und Polen kurz vor Weihnachten reduziert. Analog zur Aussage Bundeskanzler Olaf Scholz, die neue Gasleitung sei allein „privatwirtschaftlich“, kommentiert Kremlsprecher Dmitrij Peskov diese Unterbrechung als „rein kommerzielle“ Angelegenheit¹⁶. Es ist diese realitätsfremde „Abwiege-

lung“ machtpolitischer Spielchen, die unsere Glaubwürdigkeit und damit Sicherheit gefährden! Hoffentlich hat der Buchautor und Schriftsteller Viktor Jerofejev nur teilweise recht mit seiner These, „... dass ein mit allen Machtbefugnissen ausgestatteter Zar stärker ist als jeder europäische Regierungschef“¹⁷.

Wird sich die Spaltung zwischen den USA und der EU einerseits und zwischen den Mitgliedstaaten der EU andererseits in Bezug auf die Bedrohungsanalysen für den Frieden in Europa und auf der Welt vertiefen oder gehört sie der Vergangenheit an? Wird sich ausgerechnet im wirtschaftlich stärksten und möglicherweise bedeutendsten EU-Mitglied Deutschland die schon angedeutete Äquidistanz, vielleicht sogar der Hang zur Appeasement-Politik gegenüber Moskau und Peking durchsetzen? „Neville Chamberleins“ in der deutschen Politik, selbst auf Länderebene, gibt es genug, und deren Bedeutung hat durch die Bundestagswahlen im September mit eindeutigen Linksruck wahrscheinlich zugenommen.

Zum Schluss eine erstaunliche Meinungsumfrage aus diesen Tagen, die eigentlich dem befremdlichen Schweigen zu aktuellen Problemen unserer Äußeren Sicherheit im Bundestagswahlkampf und zur Bundeswehr – man nennt dieses Phänomen ein wenig ironisch „freundliches Desinteresse“ – zuwiderläuft: So ist eine deutliche Mehrheit aller Deutschen für Einsatz der Bundeswehr im Ausland. 75 % sind für Evakuierung nicht nur deutscher Staatsangehöriger in Not. Für Überwachung bzw. Unterstützung von Friedensabkommen in Ausland plädierten 65 %, und 59 % wollen unsere Bundeswehr in den Einsatz zur Verhinderung von Völkermord schicken. Mehrheitlich abgelehnt wurde Auslandseinsatz gegen terroristische Gruppierungen. Nur 14 % waren prinzipiell gegen Auslandseinsätze¹⁸ - ein erstaunliches Ergebnis, das von den Medien in unserem Land offenkundig konterkariert wird.

Ganz zum Schluss eine – zutiefst christliche – Definition von Frieden¹⁹

*Friede ist der
„Gleichklang widereinander streitender Interessen“
Gregor von Nyssa
ca 335/340 bis nach 394*

Anmerkungen:

- 1) „pax“ war ursprünglich begrifflich gleichgesetzt mit „Frieden“ – zumindest im römischen Reich vor der Kaiserzeit
- 2) Brzezinski Zbigniew, früherer Sicherheitsberater von US-Präsident Jimmy Carter hat dazu prophetisch viel geschrieben – z. B. in „Die einzige Weltmacht“, Ffm 1999
Auch dazu in Wagner Ekkehard: „Ideologie und Militärdoktrin in der Sowjetunion“, Dissertation München 1973, S. 2
- 3) Schon die Verteidigung der „Kiewer Rus“ wird mit dieser Doktrin in Verbindung gebracht. Sie zieht sich durch die Jahrhunderte russischer Expansion. Putin knüpft daran an: Die neu erwachte chauvinistische Erinnerungskultur wird von der Losung „Den Verteidigern der russischen Erde“ begleitet.
- 4) Nach dem Fall Konstantinopels 1453 beanspruchte Großfürst Wassilij II. das Erbe des byzantinischen, autokratischen Staatsgedankens bzw. der theokratischen Staatstheorie und damit die unbestrittene Herrschaft über die orthodoxe Kirche (Autokephalie). Der Mythos – vielleicht sogar eine Doktrin - vom „Dritten Rom“ wurde untermauert durch die Vermählung des Großfürsten Ivan III. mit Sofia Palaiolog, der Nichte des letzten byzantinischen Kaiser Konstantin XII. „Heiliges Russland“ – dieser Anspruch ist heute wieder zu vernehmen.
- 5) Der erste Waffengang wurde 1996 mit einem Abkommen beendet. Der zweite Krieg dauerte von 1999 bis 2009 und führte zu schlimmsten Kriegsverbrechen auf beiden Seiten.
- 6) Dazu die umfangreiche Arbeit von Riemer Pascal: „Von der Russischen Kriegskunst. Eine Untersuchung der dialektischen Zusammenhänge von Staatsidee und Militärwesen am Beispiel der Sowjetunion und der Russischen Föderation“, Berlin 2021
- 7) Welch dreister Vertragsbruch der Landraub der Krim durch militärische Intervention tatsächlich war: 1994 wurde das Problem „sowjetischer“ Atomwaffen im Besitz der nun souveränen Ukraine so gelöst, dass die Rückgabe der Waffensysteme gegen die Garantie territorialer Unversehrtheit vereinbart und vollzogen wurde. Vertragspartner an diesem „Budapest-Memorandum“ waren die Russländische Föderation, Großbritannien, USA und – natürlich – die Ukraine
- 8) „Was führt Wladimir Putin im Schilde?“ in FAZ v. 30. 11. 2021
- 9) „Geschichten aus dem Vorkrieg“, FAS v. 19. 12. 2021
- 10) Europäische Sicherheit & Technik, 5/2018, S.16 f.
- 11) Steven Levitsky/Daniel Ziblatt: Wie Demokratien sterben – und was wir dagegen tun können, München 2018, hier vor allem ab S.139
- 12) Eingehende Beschreibungen der EU-Projekte unter
<https://www.bmvg.de/de/themen/gsvp-sicherheits-verteidigungspolitik-eu/military-mobility-pesco-projekt-264014>

¹³⁾ FAZ v. 27. 12. 2021

¹⁴⁾ RND-Interview mit Rolf Mützenich v. 28. 12. 2020 – siehe <https://www.md.de>

¹⁵⁾ Am Rand des EU-Gipfels sprach sich Bundeskanzler Olaf Scholz dagegen aus, die Betriebserlaubnis für Nordstream2 mit der „Ukraine-Krise“ in Verbindung zu bringen. Wörtlich. „Es handelt sich im Hinblick auf Nordstream 2 um ein privatwirtschaftliches Unternehmen“. Zitiert aus SZ v. 11. 12. 2021

¹⁶⁾ zitiert in „Russland dreht weiter am Gas“, FAZ v. 23. 12- 2021

¹⁷⁾ „Unser Zar ist unberechenbar“ – Jerofejew schreibt auch: „...Dreißig Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sind die westlichen Demokratien ihm nicht gewachsen...“ – FAZ v. 22. 12. 2021

¹⁸⁾ Nürnberger Nachrichten v. 30. 10. 2021

¹⁹⁾ Gregor von Nyssa, dort Bischof (etwa 334 bis 394 n.Chr.) gilt als „griechischer Kirchenvater“ und hat als Bruder des Basilius des Großen an der Befriedung des heftigen Theologenstreites um den Arianismus mitgewirkt.

Die Weisheit in dieser ausgesprochen kurzen Friedensdefinition liegt in der Anerkennung, dass Menschen das Recht auf unterschiedliche Meinungen und Interessen haben – diese jedoch mit friedlichen Mitteln ausgetragen werden müssen. Unglaublich aktuell!